

Bundeszentrale für politische Bildung / Christoph Müller-Hofstede Islamismusprävention: Experten-Workshop am 8. 6. 2006 in Berlin

Gabriele Heinemann

Islamismusprävention

Aus der Sicht des MaDonna Mädchentreffs im Netzwerk Rollbergviertel

I. Quartiersmanagement und Jugendhilfe

1. **Farbe bekennen! Öffentliche Positionierung der politisch und fachlich Verantwortlichen in den kommunalen Verwaltungen und im Stadtteil. Ziele zur Islamismusprävention setzen, Steuerung und Kontrolle übernehmen. Präzise Informationen sammeln und weitergeben sowie Mut zur konfrontativ-kritischen Diskussion. Zusammenarbeit mit Polizei.**
2. Vernetzte und pragmatische Herangehensweisen etablieren, Einbeziehung der flexiblen zielorientierten Netzwerke der QM's.
3. Zielvorgaben entwickeln, die als Grundlage dienen für die Anerkennung und Finanzierung von Vereinen, gemeinnützigen Gesellschaften, die im Bildungsbereich und in der Jugendhilfe tätig sind. Alle Einrichtungen, Projekte im Stadtteil verpflichtet zu vernetztem Vorgehen gegen Desintegration und für demokratische Rechte.
4. **Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen, Moscheen und islamisch geprägten Migrantenvereinen verbessern und intensivieren.**
Mit den islamischen Vereinen und Moscheevertretern gemeinsame Ziele vereinbaren (z.B. Gewaltprävention, Achtung demokratischer Rechte in Bildung und Erziehung) und öffentlich den Mitgliedern, Eltern, Kindern, Jugendlichen u.a. im Stadtteil vorstellen.
5. **Verbesserte Informationsammlung, -weitergabe und Diskussion mit BewohnerInnen und Fachkräften über diejenigen Moscheen und Sekten, deren Wirken demokratiefeindlich auffällt oder fragwürdig erscheint.** (z.B. aufdringliche Hausbesuche von Predigern / ReligionslehrerInnen, Hasspredigten, Propaganda radikaler Fernsehsender, Ideologisierung oder auch Freiheitsentzug und Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Koranschulen, missbräuchliche Eheschließungen u.a.).
Differenzierte Aussagen machen statt Pauschalurteilungen
6. Fortbildung der KollegInnen der Jugendämter und Einrichtungen: Was heißt Eintreten für Menschenrechte in der Praxis? Wie kann der Kinder- und Jugendschutz in allen Familien gewährleistet werden? Den MitarbeiterInnen Schutz und Rückenstärkung bei Bedrohung geben.
7. Die Neuorganisation der Jugendhilfe („Sozialraumorientierung“) bietet gute Chancen, Gemeinwesenarbeit, Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Niedrigschwelligkeit zu verstärken (z.B. flexible Öffnungszeiten, aufsuchende Arbeit, offene Arbeitsansätze, kieznahe Beschäftigte, kulturelle MittlerInnen, Peer Group Teams, Ressourcenorientierung).

II Politische und kulturelle Bildung in der kieznahen Kinder-, Jugend- und Elternarbeit

1. Diesen Arbeitsauftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ernst nehmen.
2. **Die politische und kulturelle Bildung muss im Stadtteil ankommen, niedrigschwellig und jugendkulturell orientiert arbeiten, Beteiligung und Veränderung ermöglichen.**
3. Viele Kinder und Jugendliche dürfen oder können nicht mehr außerhalb des Kiezes

- übernachten. Kooperation Schule – Jugendhilfe stärken; außerschulische Bildungsträger müssen mit Schulen und Stadtteilprojekten kooperieren.
4. Erfolgreiche kieznahe Projekte mit Frauen (z.B. Stadtteilmütter, Frauenfrühstücke, Elternschulen) sollten von niedrigrschwelliger politischer Bildung begleitet werden und Info-Diskussionen über Frauenrechte, Kinderrechte, Religionsfreiheit, religiöse Erziehung usw. beinhalten.
 5. In der Kinder- und Jugendarbeit ist die Beteiligung der Kids und die Einhaltung demokratischer Spielregeln konsequent zu gewährleisten: z.B. Diversity-Arbeitsansätze, präzises Regelwerk, Mit- und Selbstbestimmung durch Kinder- und Jugendversammlungen und -befragungen, Mitgestaltung des Stadtteillebens, die gleichberechtigte Nutzung von Angeboten für Mädchen und Jungen, die genderbewusste Gestaltung aller Angebote, Peer-Group-Teams, junge Erwachsene als positive Vorbilder und Konfliktschlichter im Kiez, Geschlechter-Demokratische Vorbilder in öffentlichen Kampagnen.
 6. **Im Stadtteil, eng vernetzt mit Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen, brauchen wir niedrigrschwellig und vernetzt arbeitende Bildungsteams, in denen Fachkräfte der politisch-kulturellen Bildung und kieznahe Mitarbeiterinnen zusammenarbeiten. Peer-Group Teams werden ausgebildet, die fit sind in der Diskussion über demokratische Grundwerte.**
 7. Die Aktivitäten sollten die Kinder und Jugendlichen möglichst früh erreichen, ab dem Alter von ca. 10 Jahren.
 8. Viel Raum für Aufklärung, Gespräch und Diskussion und auch Streit lassen; Verpflichtung zur Konflikt-Vermittlung. Polarisierungen sind abzubauen, der Dialog herauszufordern und nie (!) aufzugeben. Widerständen und Anfeindungen seitens des sozialen Umfeldes ist standzuhalten.
Auch Heranwachsende der Muslimischen Jugend, von Inssan e.V., aus den Jugendgruppen von Moscheen sollten in die Diskussionen einbezogen werden. Zusammenarbeit mit einzelnen Personen aus diesen Organisationen oder deren Umfeld.
 9. Die Aktivitäten und Veranstaltungen müssen flexibel und auch kurzfristig organisiert werden können. Aufklärung und konfrontativ-kritische Diskussionen müssen eingebettet sein in anregende jugendkulturelle Aktivitäten, die den inneren und äußeren Handlungsspielraum erweitern, Demokratie und Toleranz erlebbar machen. Geist, Herz und Hand der TeilnehmerInnen einbeziehen. Die Ergebnisse müssen alltagstauglich sein und öffentliche Selbstdarstellung und Diskussion ermöglichen.
 10. **Politisch-kulturelle Bildung muss das Bedürfnis der Kinder und Jugendlichen nach (religiöser) Transzendenz, ihre Sehnsüchte nach Sinn, Werten, Wertschätzung und Verständigung ernst nehmen und ihren Idealismus und ihre soziale Anteilnahme praktisch ansprechen.**
 11. Mögliche Themen sind: Heimat, Kultur, Identität // Ethik, Werte, Religion, Selbsterkenntnis // Liebe, Seele und Körper, Ehe-Partnerschaft, Familie // Demokratie, individuelle Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Menschenrechte // Globalisierung, Gerechtigkeit, soziale und politische Bewegungen // alle aktuell Konflikt geladenen Themen wie Irakkrieg, Kurden, Armenier, Holocaust, Palästina/Israel, Karikaturenstreit, Ehrenmorde/Zwangsheirat usw.
 12. Begleitende Elterninformation und –gespräche und Elternbildung als aufsuchende Arbeit, nicht nur in den Familien, sondern auch an unkonventionellen Orten im Stadtteil (Moscheen, Männercafes, Mütter an Spielplätzen).